

## **DEHOGA Berlin**

### **Brennpunkt 1/ Bettensteuer:**

*Werden Sie sich gegen eine Bettensteuer/ City Tax einsetzen, die einseitig ja nur die Hotellerie belastet und nicht die anderen, am Tourismus beteiligten und von ihm profitierenden Branchen?*

Nein,

die SPD Berlin befürwortet die Einführung einer „City Tax“, wie sie in anderen europäischen Metropolen schon länger erhoben wird. Wir wollen diese Abgabe im Dialog mit den Berliner Hotels und Gastronomen, den Wirtschaftsverbänden und visitBerlin entwickeln. Die Einnahmen der „City Tax“ sollen direkt in die Förderung des Tourismus zurückfließen, wovon letztlich die Hotellerie in besonderem Maße profitiert.

### **Brennpunkt 2/ Mehrwertsteuer:**

*Im Vertrauen auf die Entscheidung der Politik, die Mehrwertsteuer für Beherbergungsleistungen auf 7% zu senken, haben die Hoteliers große Investitionen getätigt, langfristige Kredite aufgenommen, Aufträge an lokale Handwerksfirmen vergeben, Arbeits-/Ausbildungsplätze gesichert und zusätzliche geschaffen. Werden Sie sich für den Erhalt des aktuellen MwSt.-Satzes einsetzen?*

*Es ist widersinnig, das Mitnahmegeschäft, das Essen im Gehen auf der Straße, mit 7% zu besteuern, während für das zubereitete und servierte Essen in einem Lokal 19% fällig werden. Auch in der Gastronomie wären jede Menge positiver Effekte möglich, wenn die bestehenden Wettbewerbsnachteile gegenüber dem Lebensmitteleinzelhandel und –handwerk endlich abgebaut würden. Sind Sie für eine Angleichung der MwSt. in der Gastronomie, einem arbeitsintensiven Dienstleistungssektor, auf 7%?*

Nein,

die Berliner SPD setzt nicht auf kurzfristige Entlastungen durch Steuergeschenke, sondern auf eine langfristige und nachhaltige Entwicklung des Tourismus. In Berlin gibt es schon jetzt 20 Millionen Übernachtungen pro Jahr – bis 2020 wollen wir mehr als 30 Millionen realisieren. Durch die Eröffnung des internationalen Hauptstadtflughafens Berlin Brandenburg schaffen wir dafür die Voraussetzungen. Wir sind sicher, dass eine gezielte touristische

Stadtentwicklung der beste Weg ist, den Tourismus als wichtigen Wirtschaftsfaktor unserer Stadt wirkungsvoll zu unterstützen.

**Brennpunkt 3/ Nichtraucherchutz:**

*Tragen Sie dafür Sorge, dass im Sinne eines fairen Nichtraucherchutzes auch die Interessen von gastronomischen Unternehmen und allen Gästen berücksichtigt werden?*

Ja,

die Berliner SPD tritt für einen Nichtraucherchutz ein, der den Interessenausgleich zwischen Gastronomie und Gästen sucht. In diesem Geiste haben wir das Berliner Nichtraucherchutzgesetz auf den Weg gebracht, welches seit Ende Mai 2009 in Kraft ist. Es sieht u. a. Ausnahmeregelungen vom Rauchverbot für die getränkegeprägte Kleingastronomie sowie für Shisha-Gaststätten vor.

**Brennpunkt 4/ Geldspielautomaten:**

*Staatliche Verbote beschneiden wichtige Einnahmen einiger Gastwirte, sie sind nicht dazu geeignet, das eigentliche Problem der Spielsucht zu bekämpfen. Bis 2009 betrug die Vergnügungssteuer pro Geldspielgerät rund € 25 im Monat. Sie erhöhte sich in 2010 auf 11% des Kasseneinhaltes, seit 1.1.2011 beträgt sie 20% - eine erneute Erhöhung von über 80%! Plädieren Sie für eine Rücknahme der jüngsten Erhöhung?*

Nein,

die SPD Berlin sieht in der stärkeren Besteuerung von Gewinnspielgeräten ein Mittel zur Eindämmung des Angebotes. Dieser Beitrag zu Suchtprävention und Jugendschutz ist erforderlich, da über 80 Prozent der Personen, die wegen problematischem oder pathologischem Glücksspiel beraten werden, Automatenspieler sind.

**Brennpunkt 5/ Arbeits- und Tarifrecht:**

*Werden Sie sich dafür einsetzen, dass allein die Tarifvertragsparteien für die Lohnfindung zuständig sind; dafür, dass es keines gesetzlichen Mindestlohns bedarf im Gastgewerbe?*

Nein,

bereits in der letzten Wahlperiode hat der SPD-geführte Senat das Ausschreibungs- und Vergabegesetz durchgesetzt, das die Erteilung öffentlicher Aufträge u. a. an die Zahlung fairer Löhne knüpft. Darüber hinaus setzen wir uns auf Bundesebene für einen branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohn von € 8,50 ein.

**Brennpunkt 6/ Jugendarbeitsschutz:**

*Möchten auch Sie die Ausbildungschancen im Gastgewerbe dadurch erhöhen, dass bis 23 Uhr gearbeitet werden darf?*

Nein,

die Berliner SPD setzt andere Schwerpunkte bei ihrer Offensive am Ausbildungsmarkt. Wir wollen unsere Berufsschulen stärken und die Zahl der Schulabbrüche binnen fünf Jahren halbieren. Durch den Ausbau der Verbundausbildung geben wir Betrieben die Möglichkeit, sich zu Ausbildungsbetrieben weiterzuentwickeln. Der Jugendarbeitsschutz ist für uns eine wichtige soziale Errungenschaft, die wir keinesfalls einschränken wollen.

**Brennpunkt 7/ Ferienwohnungen:**

*2010 wurde die Berliner Bauverordnung geändert. Werden Sie sich aktiv dafür einsetzen, dass diese neue Vorschrift in Ihrem Bezirk durch-/ umgesetzt wird?*

Ja,

unser Ziel ist es, bezahlbare Mieten für alle Menschen dieser Stadt zu sichern. Deshalb wollen wir der sich ausweitenden Umwandlung von Wohnraum zu Ferienwohnungen entgegenwirken. Die 2010 seitens des SPD-geführten Senats vorgenommene Änderung der Bauordnung ist dazu ein wichtiges Mittel.